

Aus Bund und Ländern

Die Konzertierte Aktion soll mehr diskutieren

KÖLN. Weniger vorbereitete Statements und mehr freie Diskussion in den Sitzungen der Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen haben vor der Presse der Präsident der Bundesärztekammer, Dr. Karsten Vilmar, und der Hauptgeschäftsführer der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, Dr. Eckart Fiedler, verlangt. Zu den Sitzungen sollten auch die Mitglieder des Sachverständigenrates zur Entwicklung medizinischer Orientierungsdaten sowie Journalisten zugelassen werden. Die Ärzteseite hofft für die Sitzung am 17. März auf die Unterstützung der Zahnärzte, Apotheker, Pharma-Industrie und der Krankenhausesellschaften. gb

Ambulante Suchttherapie

FREIBURG. Die sogenannten neuen Suchtformen breiten sich aus. So leiden rund zehn Prozent der Frauen, die eine psychosoziale Beratungsstelle der Caritas aufsuchen, an massiven, suchtartigen Eßstörungen (Bulimie). Unter den 64 000 Suchtkranken, die 1985 eine der Caritas-Beratungsstellen aufsuchten (16 000 davon wurden übrigens von Ärzten geschickt), waren weit über tausend Spielsüchtige – ein Phänomen, das vor zwei Jahren in der Beratungsarbeit noch fast unbekannt war.

Der Deutsche Caritas-Verband erinnerte anlässlich der Freiburger Sozialtherapiewoche, die am 7. März zu Ende ging, daran, daß dank des dichter gewordenen Netzes ambulanter Beratungsstellen und dank

der Fortentwicklung psychosozialer Behandlungsmethoden heute ambulant in weitaus größerer Zahl Hilfe geleistet werden kann als noch vor zehn Jahren. Der Verband bedauert, daß die ambulanten Einrichtungen zur Zeit nicht weiter

ausgebaut werden können, weil den bisherigen Geldgebern, Ländern, Kommunen und Kirchen das Geld fehle. Der Caritas-Verband fordert eine Kostenbeteiligung in der gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung. NJ

Umwelt und Gesundheit auf dem 89. Deutschen Ärztetag

KÖLN. Ein Schwerpunktthema des 89. Deutschen Ärztetages, der vom 29. April bis 3. Mai 1986 in Hannover stattfinden wird (die Öffentliche Einladung an alle Ärzte erschien in Heft 9), wird „Umwelt und Gesundheit“ sein. Der Vorstand der Bundesärztekammer hat soeben Näheres dazu beschlossen. Danach wird das Thema in sechs Abschnitte unterteilt (in Klammern die Referenten):

1. Arzt und Umwelt – Einführung in das Thema (Prof. Dr. Heyo Eckel, Göttingen, Chefarzt der Röntgenabteilung am Evangelischen Krankenhaus)
2. Luftverunreinigung und Gesundheit (Prof. Dr. Hans-Werner Schlipkötter, Düsseldorf, Direktor des Medizinischen Instituts für Umwelthygiene der Universität)
3. Trinkwasserprobleme als Folge von Umweltschäden (Prof. Dr. Johannes Sander, Osnabrück, Direktor des Staatlichen Medizinaluntersuchungsamtes)
4. Umweltbedingte Bodenverunreinigung (Prof. Dr. Karl Aurand, Berlin, ehem. Institut für Wasser-, Boden-, Lufthygiene, Bundesgesundheitsamt)
5. Lärm und Umwelt (Prof. Dr. Harald Feldmann, Münster, Direktor der Hals-, Nasen- und Ohrenklinik der Universität)
6. Die Aufgaben des Arztes im Umweltschutz (Senatsrat Dr. Götz Sankowsky, Berlin, Leiter der Abteilung II des Senators für Gesundheit und Soziales) DÄ

Befristete Stellen im Krankenhaus

BONN. Krankenhausträger werden es künftig leichter haben, mit Ärzten, die in der Weiterbildung stehen, befristete Arbeitsverträge abzuschließen. Der Bundestag hat nämlich in dritter Lesung eine Ergänzung der Bundesärzteordnung verabschiedet, deren neuer § 10 b vorsieht, daß ein rechtfertigender, sachlicher Grund für die Befri-

stung dann vorliege, „wenn die Beschäftigung des Arztes seiner Weiterbildung zum Gebietsarzt oder dem Erwerb einer Anerkennung für ein Teilgebiet oder dem Erwerb einer Zusatzbezeichnung dient.“ Ein solcher Arbeitsvertrag kann auf die für die Weiterbildung notwendige Zeit, höchstens bis zur Dauer von acht Jahren, abgeschlossen werden. Mit dieser Gesetzesänderung, die von den Koalitionsfraktionen betrieben wurde, sol-

len Stellen für den Arzt im Praktikum (AiP) frei gemacht werden. Nach Vorstellung der Initiatoren sollen frei werdende Assistentenstellen aufgeteilt werden, um so die doppelte bis dreifache Zahl von AiP-Stellen zu schaffen.

Eine solche Regelung könnte eine erhebliche Personalfuktuation in den Krankenhäusern zur Folge haben. Deutsche Krankenhausgesellschaft und Bundesärztekammer stimmen darin überein, daß die mit der Bereitstellung von AiP-Stellen verbundene Fluktuation „ihre Grenze an den Belangen der Qualität der stationären Patientenversorgung und der hierfür erforderlichen ausreichenden Zahl von Lebensstellungen für berufserfahrene Ärzte am Krankenhaus finden“ müsse. So heißt es in einer Presseerklärung, die nach einem Gespräch des Präsidenten der DKG, Landrat Konrad Regler, und des Präsidenten der BÄK, Dr. Karsten Vilmar, herausgegeben wurde. NJ

Zweitnummer für den Notfalldienst

BONN. Nach Mitteilung des Bundespostministeriums ist die bundeseinheitliche Rufnummer 1 92 92 für den Ärztlichen Notfalldienst inzwischen in rund 90 Ortsnetzen geschaltet. Auf eine entsprechende Anfrage der Bundesärztekammer hat das Ministerium den technischen Aufwand für einen wechselseitigen Betrieb bei diesen Anschlüssen als unverträglich hoch bezeichnet. Den Oberpostdirektionen sei jedoch mitgeteilt worden, daß auf Nebenstellenanlagen des Ärztlichen Notfalldienstes ausnahmsweise eine zweite Rufnummer geschaltet werden kann, so daß auch Leitungen für den abgehenden Verkehr zur Verfügung stehen. EB